

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Rüdiger Lucassen, Leif-Erik Holm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/7566 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Gesetzes zur Beschleunigung von Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr sowie zur Änderung weiterer Gesetze

A. Problem

Der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD zielt darauf ab, zur Steigerung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die Vergabeverfahren im Bereich der Beschaffung deutlich zu beschleunigen. Dazu müssten Vergabeverfahren und bestehende Strukturen im Bereich der Beschaffung einer grundlegenden Reform unterzogen werden. Auch sollten nationale Sicherheitsinteressen in den Vergabeverfahren eine verstärkte Berücksichtigung finden und der deutschen Industrie eine eindeutige Vorrangrolle bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen zugesprochen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Gesetzentwurfs.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/7566 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Hansjörg Durz
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 20/7566** wurde in der 115. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juli 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD stellt darauf ab, dass seit Inkrafttreten des Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetzes (BwBBG) vom 11. Juli 2022 kaum militärische Großaufträge rechtsverbindlich vergeben worden seien. Die angekündigte „Trendwende Material“ habe bisher nicht stattgefunden. Offensichtlich erfülle das bisherige Gesetz nicht seinen Zweck. Dies obwohl einzelne Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung „Verteidigung und Sicherheit“ vom 12. Juli 2012 zeitlich begrenzt ausgesetzt worden seien.

Vor diesem Hintergrund zielt der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/7566 in Artikel 1 auf eine Neufassung des Gesetzes zur Beschleunigung von Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr sowie zur Änderung weiterer Gesetze ab. Mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der AfD sollen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, die Durchführung von Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge für Beschaffungen der Bundeswehr deutlich zu beschleunigen. Um dies zu erreichen, werden die im Gesetz vorgenommenen Einschränkungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeordnung „Verteidigung und Sicherheit“ vom 12. Juli 2012 punktuell verstärkt und konkretisiert. Artikel 1 des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD regelt in § 5 die gemeinsame Vergabe von Teil- oder Fachlosen, wenn wirtschaftliche, technische oder zeitliche Gründe dies nachweislich erfordern. In § 8 wird die verstärkte Berücksichtigung von Sicherheitsinteressen im Vergabeverfahren geregelt und § 9 sieht eine Beschleunigung der Beschwerdeverfahren vor. Auf die weiteren Inhalte des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/7566 wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/7566 in seiner 121. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/7566 in seiner 94. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/7566 in seiner 77. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/7566 in seiner 79. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/7566 in seiner 84. Sitzung am 6. November 2024 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/7566.

Berlin, den 6. November 2024

Hansjörg Durz
Berichtersteller